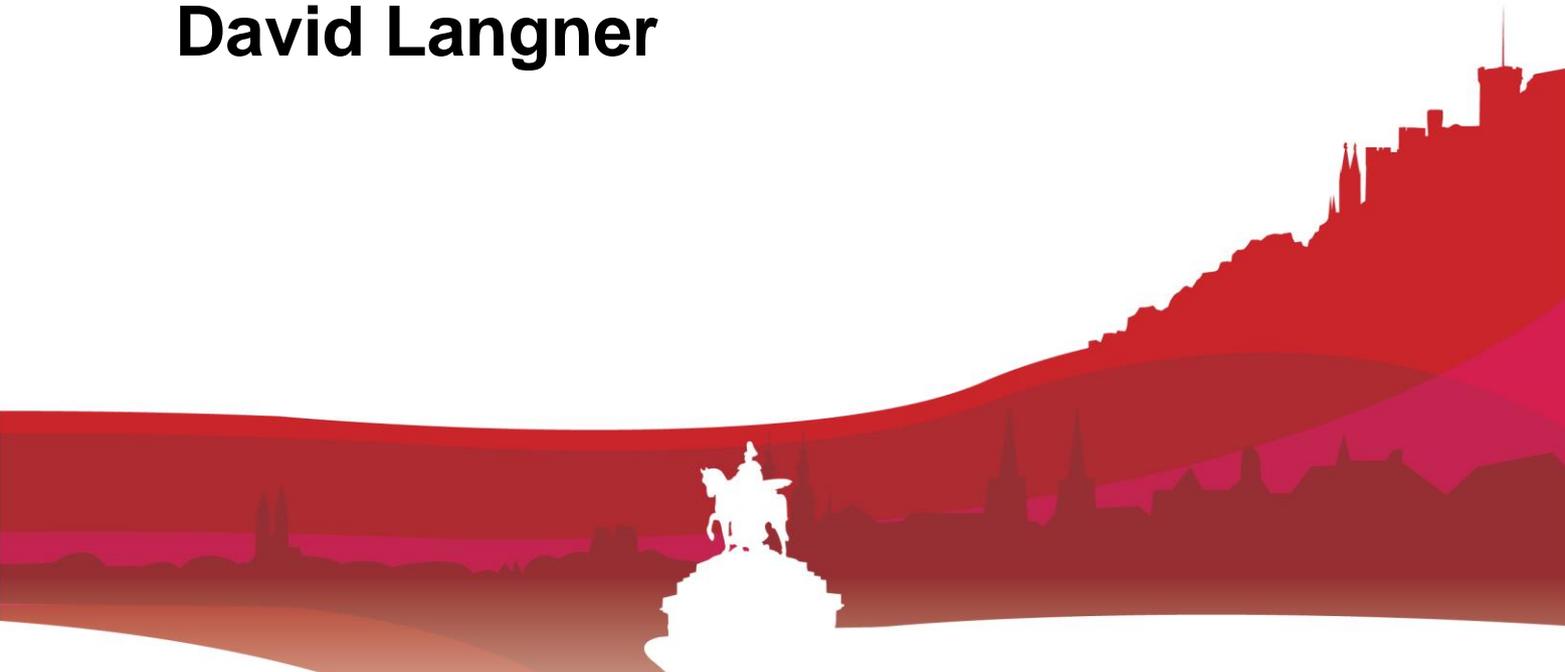


Einbringung
Haushaltsplan 2025

Sitzung Stadtrat 30. Oktober 2024

Rede des Oberbürgermeisters
David Langner



KOBLENZ
VERBINDET.

I Gegenwärtige Situation des Haushaltes 2025

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Ratskolleginnen und -kollegen,
liebe Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung,

zum ersten Mal als Oberbürgermeister muss ich Ihnen heute leider einen stark defizitären Haushalt vorlegen.

Der Haushalt 2025 weist ein voraussichtliches Defizit von rund 45,2 Mio. Euro im Ergebnishaushalt und auf rund **50,7 Mio. Euro im Finanzhaushalt** auf. Das ist ein großes Minus und diese Situation müssen wir gemeinsam bewältigen. In Ihren Unterlagen finden Sie noch die Zahl von 65 Mio. Euro. Nach Redaktionsschluss für den Druck hat das Land die sogenannten Orientierungsdaten veröffentlicht, anhand denen die kommunalen Anteile des Finanzausgleichs für 2025 ermittelt werden können. Nach Auswertung dieser Daten können wir positiv feststellen, dass für 2025 mit deutlichen Mehreinnahmen von 19,8 Mio. Euro aus dem Kommunalen Finanzausgleich gerechnet werden kann. Das führt zu einer deutlichen Reduzierung – gleicht unser Defizit aber nicht aus.

Der defizitäre Haushalt ist für uns alle eine sehr schwierige Situation. Vor allem, weil die **Gründe für das hohe Defizit fast gänzlich außerhalb unseres Handlungsrahmens** liegen. Die stagnierende wirtschaftliche Lage, Preissteigerungen, hohe Sozialkosten aufgrund geänderter Gesetzgebung im Bund, die Zinsentwicklung und auch die Tarifsteigerungen führen zu diesem Defizit. Andere Kommunen stehen vor den gleichen Herausforderungen – Koblenz ist also kein Einzelfall.

Aber auch wenn wir auf viele Ursachen der Haushaltsentwicklung keinen Einfluss haben – wir haben keine Wahl: Wir müssen die Herausforderung annehmen, **wir müssen einen genehmigten Haushalt erreichen**, der uns handlungsfähig macht, der Investitionen ermöglicht, um beispielsweise Vereinen und Projekten ihre Zuschüsse auszahlen zu können und mit dem wir unsere Vorhaben umsetzen können.

Um das zu erreichen, haben wir seitens der Verwaltung in den letzten Wochen intensiv geprüft und beraten, welche Maßnahmen wir auf der Ausgabenseite und auf der Einnahmenseite ergreifen können und müssen.

Auf der Ausgabenseite müssen wir - noch mehr als sonst – **Schwerpunkte setzen**. Bereits jetzt enthält der vorgelegte Haushalt **Einsparungen von rund 5,98 Mio. Euro**. Hier haben wir in allen Bereichen des Haushalts Kürzungen im Vergleich zum laufenden Jahr vorgenommen. Das werden wir spüren – auch wenn damit noch nicht der Verzicht auf größere Maßnahmen und Projekte verbunden ist. Es wird aber nicht reichen. Wir werden **noch mehr priorisieren** müssen und wir werden auch nicht umhin kommen **von Projekten und Maßnahmen vorerst Abstand zu nehmen**. Dies müssen wir aber mit großer Sorgfalt gemeinsam beraten und entscheiden. Wir werden deshalb in Kürze Konsolidierungsvorschläge in der Haushaltsstrukturkommission und im Haupt- und Finanzausschuss im Rahmen der Etatberatungen besprechen.

Wir machen auch **Vorschläge zur Einnahmenverbesserung**. Ja, wir müssen **Steuern erhöhen**. Wir verzichten aber mit dem vorgelegten Haushalt weitgehend auf Gebührenerhöhungen, weil wir wissen, dass das Leben auch für die Bürgerinnen und Bürger und für die Unternehmen teurer geworden ist. Wir können und wollen die Menschen und die Unternehmen in dieser schwierigen konjunkturellen Lage nicht zu sehr zusätzlich belasten.

Politische Verantwortung zu tragen heißt, **nachhaltig gute Entscheidungen** zu treffen. Das kann in dieser Situation auch sehr schmerzhaft sein. Wir müssen dabei in Stadtrat und Verwaltung dafür sorgen, dass für die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger das möglichst Beste erreicht wird. Wir haben in den vergangenen Jahren immer wieder unter Beweis gestellt, dass dieser Rat auch in fordernden Zeiten gute Lösungen findet – und das werden wir auch in diesem Jahr wieder tun, da bin ich mir sicher! Dabei ist mir ganz wichtig: Wer richtig sparen will, muss auch investieren. Das klingt wie ein Widerspruch, für mich ist es keiner. Wenn Koblenz attraktiv bleibt, wenn Dinge sich zum Guten verändern, profitieren wir letztlich auch finanziell davon. Deshalb gilt es, die richtige Balance zwischen Reduzieren und klugem Invest zu finden.

II Die Eckdaten des Haushaltes

Anrede,

der Ihnen vorgelegte Haushalt weist, wie angesprochen, erhebliche Fehlbeträge auf – und das nach enormen Kraftanstrengungen, die unsere Verwaltung unternommen hat. Wie ich bereits betonte: Die meisten Entwicklungen, die dazu führen, dass der Haushalt im **Ergebnishaushalt** auf rund **45,2 Mio. Euro Defizit** angewachsen ist, liegen nicht in unserer Hand. Gleiches gilt für den **Finanzhaushalt**, der einen **Fehlbetrag von rund 50,7 Mio. Euro** darstellt. Dennoch ist es an uns, einen genehmigungsfähigen Haushalt vorzulegen und der ADD zu zeigen, dass wir auf der Ausgabenseite sparen und parallel unsere Einnahmen so gut wie möglich ausschöpfen. Mit beidem haben wir uns im Stadtvorstand intensiv beschäftigt.

So ist es uns gelungen bei den Ausgaben, zahlreiche kleinere und mittlere Konsolidierungsmaßnahmen vorzunehmen: Das betrifft über alle Bereiche hinweg z.B. die Öffentlichkeitsarbeit, Materialkosten, Beschaffungskosten, Unterhaltungs- und Pflegekosten für unterschiedliche Infrastrukturen, Einsparungen bei der Datenverarbeitung, bei Beratungskosten und manches mehr. Unsere Fachämter und der Stadtvorstand haben diese Einsparungen nicht gerne vorgenommen. Wir halten sie aber noch für vertretbar – vor allem waren sie aber auch absolut notwendig. Trotzdem müssen wir im Ergebnishaushalt 2025 **Aufwendungen** von **insgesamt 562,1 Mio. Euro veranschlagen**. Damit liegen wir 7,5 % höher als in 2024. Und das hat vor allem vier Gründe:

Eine gewichtige Ursache ist erstens im Bereich „**Soziales und Jugend**“ verortet, der mit 233,3 Mio. Euro über 41,5 % der Gesamtaufwendungen ausmacht. Die Kosten hier sind um 20,3 Mio. Euro zum Vorjahr gestiegen, was auf gestiegene Vergütungsansätze im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe und gestiegenen Fallzahlen zurückzuführen ist. Gleiches gilt für den Bereich der Sozialhilfe.

Zweitens entstehen bei unseren „**Personal- und Versorgungsaufwendungen**“ Mehrkosten in Höhe von 8,8 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr. Der Anstieg ist maßgeblich beeinflusst durch die Anpassung der Besoldung und Versorgung in Anlehnung an den Tarifabschluss im TVöD. Dabei halte ich die Tarifierhöhung für wichtig und richtig, denn der Fachkräftemangel stellt eine große Herausforderung für unsere Verwaltung dar. Wir müssen als Arbeitgeberin konkurrenzfähig bleiben, um qualifizierte Mitarbeitende zu finden und all die zukunftsweisenden Projekte in unserer Stadt, über die wir heute sprechen, zu realisieren.

Drittens steigen verschiedene Kosten für **Sachaufwendungen** über 4 Mio. Euro, obwohl wir gespart haben, wo es möglich war. Darunter fallen u.a. die Unterhaltung der städtischen Park- und Gartenanlagen, die Kostensteigerungen bei der Mittagsverpflegung der Schülerinnen und Schüler und bei der Schülerbeförderung oder die Mehrkosten für die Sanierung der Kunstrasenplätze auf der Karthause und in Immendorf. All diese Ausgaben haben ihre Berechtigung, wir müssen sie aber auch schultern.

Und viertens verursachen die Zinsen für unsere **Investitions- und Liquiditätskredite Mehrkosten** von rund 4,2 Mio. Euro. Ursächlich hierfür sind der stetig steigende Investitionskreditbedarf, aber auch die neu aufzunehmenden Liquiditätskredite angesichts des für 2025 geplanten hohen Defizits - mit neuen Zinsen.

Diese erhöhten Ausgaben führen **trotz unserer Einsparungen** zu einem hohen Defizit. Wie angekündigt werden wir mit Ihnen deshalb weitere Konsolidierungsvorschläge beraten müssen. Wir haben aus diesem Grund im Stadtvorstand aber auch intensiv über

Steueranpassungen beraten und im Haushaltsentwurf eine Erhöhung vorgesehen, die wir noch für vertretbar halten. Dabei stehen wir vor einer enorm großen Herausforderung. Die **Reform des Grundsteuer- und Bewertungsgesetzes** tritt am 01.01.2025 in Kraft und hat nicht nur für Koblenz zwei gravierende Folgen:

Erstens ist sie bei unverändertem Hebesatz nicht aufkommensneutral. Das heißt, dass wir ohne Hebesatzanpassungen der Grundsteuern A und B weniger Steuereinnahmen erhalten als zuvor. Zur Sicherung des bisherigen Einnahmenvolumens müssen wir deshalb den Hebesatz **der Grundsteuer B von 420 v. H. auf 551 v. H.** und den der **Grundsteuer A von 340 v. H. auf 438 v. H.** anheben. Hierzu sind wir gezwungen, um diese sogenannte Aufkommensneutralität zu wahren: **Aufkommensneutralität** bedeutet, dass wir das Grundsteueraufkommen insgesamt der Höhe nach stabil halten – also im Jahr 2025 genauso viel an Grundsteuern einnehmen wie auch im aktuellen Jahr 2024. Andere Städte trifft es sogar noch deutlich härter. Hier werden teilweise Hebesätze von mehr als 800% notwendig, um die gleichen Einnahmen wie vor der Reform zu erzielen. Aufkommensneutralität bedeutet aber leider nicht die gleiche Belastung für den Einzelnen, sondern nur der Höhe nach gleiche Grundsteuer-Gesamteinnahmen für unseren städtischen Haushalt.

Denn die Reform hat eine zweite erhebliche Konsequenz: Mit ihr einher geht eine Verschiebung der **Steuerlast zu Lasten der Wohngrundstücke bei gleichzeitiger Begünstigung von Geschäftsgrundstücken**. Eigentümer von Wohngrundstücken müssen tendenziell mehr, Eigentümer von Gewerbegrundstücken müssen weniger als zuvor zahlen. Und dies gilt grundsätzlich auch nach der von mir eben beschriebenen Erhöhung der Hebesätze. Das heißt in Koblenz nehmen wir keinen Cent mehr durch die Anpassung der Hebesätze der Grundsteuern A und B ein, müssen aber die Eigentümer von Wohnflächen stärker belasten, weil die Reform des Bundes die Gewerbeflächen deutlich entlastet. Das ist natürlich ein fatales Signal im Seiten von mangelndem und teurer werdenden Wohnraum.

Die Entlastung für Unternehmen bei der Grundsteuer macht es uns etwas leichter, eine Erhöhung der Gewerbesteuer vorzuschlagen. Die Gewerbesteuer ist einerseits eine der **wichtigsten Einnahmequellen** unserer Stadt und wir unterstützen unsere Wirtschaft wo wir nur können, andererseits sind wir aufgrund der desolaten Haushaltssituation auf zusätzliche und verlässliche Einnahmen angewiesen. Darauf wird auch die ADD im Rahmen der Beurteilung und Genehmigung unseres Haushaltes pochen. Wir schlagen daher vor, den **Hebesatz der Gewerbesteuer von 420 v. H. auf 440 v. H.** zu erhöhen. Vor dem Hintergrund, dass die letzte Anpassung der Hebesätze aus dem Jahr 2015 resultiert und die Unternehmen im Rahmen der Grundsteuerreform entlastet werden, erachten wir dies für verhältnismäßig. Andere Großstädte in Rheinland-Pfalz gehen den gleichen Weg. Durch diese Anpassung können Mehreinnahmen von 5 Mio. Euro generiert werden.

Beide Steuererhöhungen schlagen wir Ihnen nicht leichtfertig vor, gerade nicht in den aktuellen Zeiten. Aber sie sind leider auf dem Weg zu einem genehmigungsfähigen Haushalt notwendig.

Wenn wir diese beiden Einnahmeerhöhungen beschließen, wird der Gesamtbetrag aller Erträge 497 Mio. Euro umfassen. Unsere wichtigsten Erträge sind Steuern und ähnliche Abgaben mit prognostizierten 250,6 Mio. Euro. Insbesondere schlägt dabei die **Gewerbesteuer** mit einem Ansatz von 125 Mio. Euro zu Buche und macht etwa die Hälfte aller städtischen Steuereinnahmen aus! Eine weitere wichtige Einnahmequelle ist der gemeindliche Anteil an der **Einkommensteuer**, der für das kommende Jahr mit 70,3 Mio. Euro veranschlagt ist. Sie ist unsere zweitwichtigste Steuerquelle. Uns sollte also daran gelegen sein, weiterhin in unsere Stadt zu investieren, um für Unternehmen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer **als Stand- und Wohnort attraktiv** zu bleiben! Unsere gewerblichen Grundstücke sind weitestgehend verkauft, was genau von dieser Attraktivität

zeugt. Damit einhergeht aber auch ein Minus i.H.v. 5 Mio. Euro aus dem Bereich der **Grundstücksverkäufe** im Vergleich zum Vorjahr.

Die **Schlüsselzuweisungen** des Landes stellen, unter Berücksichtigung der zwischenzeitlich veröffentlichten Orientierungsdaten des Landes zur Haushaltsplanung 2025, mit nunmehr 67,1 Mio. Euro einen weiteren großen Einnahmeposten dar. Im Vergleich zu 2024 ist hier ein Zuwachs von rund 10,6 Mio. Euro festzustellen.

Zudem ergeben sich im Vorjahresvergleich Mindereinnahmen aus Zuweisungen im Bereich der **Fluchtaufnahme** von 5,8 Mio. Euro. Bund und Land haben in 2024 erhebliche Gelder zur Entlastung der Kommunalhaushalte zur Verfügung gestellt. Die Landesregierung hat mit Vorstellung des Haushaltsentwurfs 2025/2026 angekündigt, die Finanzaufweisungen des Landes an die Kommunen für die Fluchtaufnahme neu zu sortieren. Die Auswirkungen auf Koblenz sind derzeit noch nicht bezifferbar, hier muss zunächst der Gesetzentwurf abgewartet werden.

III Unsere Projekte 2024

Anrede,

trotz unseres Haushaltsdefizits wollen und werden wir unsere Stadt weiterentwickeln, weiter investieren. In den letzten Wochen hat sich unsere Verwaltung und unser Stadtvorstand deshalb intensiv mit unserem Haushalt auseinandergesetzt und dabei den Fokus auf die wesentlichen Projekte gelegt, die für unsere Stadt von herausragender Bedeutung sind.

Unterwegs in Koblenz – wir bauen für die Zukunft

Das zeigt sich z.B. an den gegenwärtigen Bauprojekten von besonderer Bedeutung - nicht umsonst trägt die Pfaffendorfer Brücke den Beinamen „**Jahrhundertprojekt**“. Viele Baustellen in unserer Stadt zeugen davon, dass wir aktiv an der Zukunft von Koblenz arbeiten. Sie stellen für den Moment zwar auch eine Belastung für unsere Bürgerinnen und Bürger dar, sei es durch Lärm oder temporäre Sperrungen. Über die Plattform „Koblenz baut“ und unsere städtischen Kanäle informieren wir aber frühestmöglich, um die Belastung zu minimieren.

Zudem stellen diese Bauprojekte gewichtige Posten im kommenden Haushalt dar: Das bedeutendste Projekt ist zweifelsfrei der Neubau der **Pfaffendorfer Brücke** mit einer voraussichtlichen Investitionssumme von rund 181 Mio. Euro. Bis 2029. soll sie fertig sein. Das Land fördert den Neubau mit rund 80,7 Mio. Euro – wir haben jedoch einen Aufstockungsantrag der Fördersumme entsprechend der gestiegenen Baukosten auf den Weg gebracht.

Ebenso startet zum Jahreswechsel der Neubau der **Geh- und Radwegebrücke Raumental – Goldgrube**. Die voraussichtliche Investitionssumme beträgt rund 14 Mio. Euro, gefördert durch den Bund mit ca. 3 Mio. Euro. Hier haben wir weitere Fördergelder beantragt, die seitens des Landes auch in Aussicht gestellt wurden; die Bewilligung hierzu steht aber noch aus.

Die Instandsetzung der Stahlbrücke der **Fußgängerüberführung Moselring** wird 2024 zum Abschluss gebracht. Hier investiert die Stadt ca. 2,7 Mio. Euro in die Erhaltung der anspruchsvollen Bausubstanz. Der Baubeginn der **Ortskernentlastung Bubenheim** mit Investitionskosten in Höhe von rund 4,8 Mio. € zur schnellstmöglichen verkehrlichen Entlastung der Ortsteile Metternich und Bubenheim verschiebt sich dagegen ins Jahr 2025. Ursächlich hierfür ist der noch immer ausstehende Förderbescheid des Landes. Ebenfalls im Jahr 2025 beginnt im Fördergebiet "**Stadtgrün Lützel**" die bauliche Umsetzung des wichtigen Projektes "Uferpark" am Schartwiesenweg.

Auch der Ausbau des **Radverkehrsnetzes** in Koblenz schreitet voran. Zahlreiche Baustellen im Stadtgebiet laufen auf Hochtouren und stehen symbolhaft für die Verbesserung der Verkehrssicherheit der Radfahrenden. Zu begrüßen ist, dass viele Strecken, die seit jeher radtouristisch genutzt wurden, zunehmend für den Alltagsverkehr genutzt werden. In den letzten Wochen wurden die ersten **Streckenabschnitte an den Leinpfaden des Rheins** in Kesselheim und Horchheim fertiggestellt. Weitere Teilabschnitte in Pfaffendorf und in Stolzenfels sind in Umsetzung. Besonders hervorzuheben ist, dass der Bund die Maßnahme mit dem **Sonderprogramm „Radnetz Deutschland“** 100% der förderfähigen Kosten bezuschusst. Auch die Entwicklung an den Haupttrouten des Radverkehrsnetzes geht weiter. Deutlich erkennbar ist dies an dem erfolgten Lückenschluss in der Simmerner Straße oder den Bautätigkeiten in der **Beatusstraße**, die 2025 beendet werden.

Wichtige Großprojekte sind **in 2024 begonnen** worden, von denen der Radverkehr in Zukunft profitieren wird. Der Umbau der **Südallee** mit einem Volumen von 14,8 Mio. Euro, einschließlich der Entwicklung einer Fahrradstraße, und die Verbreiterung des Geh- und Radwegs auf der **Horchheimer Eisenbahnbrücke für rund 9,7 Mio. Euro** zeugen von großen Investitionen, die die Stadt in nachhaltige und klimafreundliche Mobilität tätigt. All dies sind wichtige Maßnahmen. Die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Radinfrastruktur ist gegenüber 2021 mit 11 % so stark angestiegen wie in keinem anderen Bereich. Auch, wenn wir die Zufriedenheit noch deutlich steigern wollen, zeigt dies, dass wir mit all diesen Investitionen auf einem guten Weg sind.

Ein attraktiver Radverkehr ist zudem ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Mobilitätswende – genau wie der ÖPNV. Hier arbeiten wir mit der koveb kontinuierlich daran, unser Angebot weiter zu verbessern. Mit 85% Förderung des Landes werden in 2025 23 **Haltepunkte barrierefrei** ausgebaut. Bei den **dynamischen Fahrgastinformationen**, die bereits jetzt an einigen Haltepunkten in Betrieb sind, stehen im kommenden Jahr weitere Knotenpunkte im Fokus. Der barrierefreie Ausbau der Umsteigehaltestelle Stadtmitte/Löhrcenter befindet sich auf der Agenda. Außerdem wird im ersten Quartal 2025 **bargeldloses Zahlen** in den Bussen eingeführt, um unseren Service zu verbessern. **2025/2026** findet zudem eine **Novellierung** statt, um den Nahverkehrsplan weiter zu optimieren. Dass die zahlreichen Investitionen in Service und Ausstattung bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommen, bestätigen die Zahlen. Trotz diverser Streiks konnten allein im ersten Halbjahr **2024 zehn Prozent mehr Fahrgäste** im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet werden. Eine positive **Bilanz**, die Mut für die Zukunft macht.

Einen besonderen Fokus wollen wir in den kommenden Jahren auf unsere Innenstadt legen. Auf Basis unseres **Innenstadtkonzeptes** startet in 2025 die Arbeit in dem neuen Fördergebiet "**Lebendige Innenstadt**". Parallel zur Erarbeitung des integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes wird ein **Innenstadtmanagement** etabliert, das die nachhaltige Entwicklung unserer Innenstadt zusammen mit den Innenstadtakteuren vorantreibt. Hier soll es dann darum gehen, unsere Innenstadt weiter aufzuwerten, Plätze neu zu gestalten, die Sicherheit tagsüber und nachts zu erhöhen und Leerständen zu begegnen.

Dies ist für uns auch ein wichtiger Teil von **Wirtschaftsförderung**, die in den letzten Jahren im gesamten Stadtgebiet sehr erfolgreich war und die wir fortsetzen wollen. So haben wir in den letzten 10 Jahren 55 Grundstücke mit einer Fläche von insgesamt über 361.000 qm an Unternehmen verkauft. Diesen Unternehmen und Arbeitsplätzen wollen wir auch zukünftig eine gute und sichere Infrastruktur bieten. Dazu gehört auch, die Digitalisierung weiter zu fördern.

Richtung Zukunft: Mehr Digitalisierung und Wohnraum für Koblenz

Die Digitalisierung in unserer Stadt voranzutreiben ist eine der wichtigsten und auch eine der größten Aufgaben unserer Zeit. Eines der umfassendsten **Digitalisierungs-Projekte** ist der **Glasfaserausbau Deutsche der Telekom** in unseren 22 Stadtteilen, der gut voranschreitet. Der Ausbau des Netzes in Arenberg ist abgeschlossen und in 2025 sind die Stadtteile Neuendorf und Lützel mit über 7.000 Haushalten an der Reihe. Auch der **Mobilfunk**, LTE, wird stetig verbessert. Hier wird sich insbesondere der Mobilfunkempfang in Neuendorf im 1. Quartal 2025 verbessern. Unserer Verwaltung ist es hier gelungen, enorme Investitionssummen durch private Telekommunikationsunternehmen in unsere Infrastruktur einzuwerben. Koblenz profitiert von diesen Millionen-Investitionen, die unsere Attraktivität als Wirtschaftsstandort und Wohnort steigern.

Auch die **Digitalisierung von Verwaltungsleistungen** im Rahmen der Umsetzung des **Onlinezugangsgesetzes** kommt voran. Verschiedene Leistungen rund um die

Wohnsitzummeldung oder die Zulassung von Fahrzeugen sind Beispiele für digitale Angebote, die im ablaufenden Jahr geschaffen wurden. Mittlerweile bietet die Stadt ihren Bürgerinnen und Bürgern rund **200 digital nutzbare Verwaltungsleistungen** an. Und stetig kommen neue hinzu. Ziel es z.B., dass **im kommenden Jahr Bauanträge online** eingereicht werden können.

Wir haben in den vergangenen Jahren auch massiv in die **Digitalisierung unserer Schulen** investiert. Alle Mittel des Digitalpakts, der mit Ende des Jahres ausläuft, sind nun verausgabt. Von den insgesamt rund 8,6 Mio. Euro bei einem Eigenanteil von 10% haben 30 unserer Schulen profitiert. Aufgrund der massiven Entwicklungen unserer schulischen Digitalisierung, die eine ganz wichtige Maßnahme war, ergibt sich nun ein Folgeaufwand in Betrieb, Pflege und Schulung. Hier ist unsere Stadt - ohne weitere Förderprogramme - massiv finanziell und personell gefordert.

Neben der Digitalisierung ist eines der drängenden Projekte für ausreichend Wohnraum in Koblenz zu sorgen. Wir werden deshalb ein **Wohnraumversorgungskonzept** erstellen, das wir im kommenden Jahr gemeinsam beraten und weitere Schritte beschließen werden. Aber bereits heute kommen wir der stetig wachsenden Nachfrage mit großen Bauprojekten wie dem Rosenquartier und der Niederberger Höhe nach. Im **Rosenquartier** wurde die Baugenehmigung für den ersten Bauabschnitt am 07.11.2022 erteilt. Innerhalb dieses ersten Bauabschnitts sind insgesamt 173 Wohnungen genehmigt. Für den zweiten Bauabschnitt wurde im September ein positiver Bauvorbescheid erteilt. Wir rechnen hier mit einem zeitnahen Eingang des Bauantrags.

Aufgrund von Überarbeitung der Festsetzungsinhalte, u.a. zur Bewältigung von Lärmkonflikten, war eine erneute Beteiligung der Öffentlichkeit für das Baugebiet auf der **Niederberger Höhe**, ehemalige Fritsch-Kaserne, im Frühjahr nötig. Derzeit erfolgen zwischen der Verwaltung und dem Investor die letzten Abstimmungen zur Finalisierung des städtebaulichen Vertrages. Gelingt das rechtzeitig, können wir im ASM jetzt im Dezember und im Stadtrat im Februar 2025 die Unterlagen für den Satzungsbeschluss und den städtebaulichen Vertrag behandeln. Die Planungen sehen vor, dass in dem Gebiet ca. 750 Wohnungen entstehen.

Wenn wir die Zukunft dieser Stadt erfolgreich gestalten wollen, müssen wir ganzheitlich denken und so ist es wichtig, neben ausreichendem Wohnraum für genügend **Kita- und Ganztagseschulplätze** zu sorgen. Dies tun wir – und das schlägt sich auch in unserem Haushalt nieder. Diese Kosten sind unabweisbar, denn wir haben nicht nur eine gesetzliche Verpflichtung, ausreichend Betreuungsplätze vorzuhalten, dies ist auch ein wesentlicher Standortfaktor unserer Stadt. In Koblenz gibt es derzeit rund 4.600 Betreuungsplätze in 65 Kitas und etwa 1.800 Ganztagsplätze an unseren Schulen. Bei den Ganztagseschulen können wir bislang allen Anfragen nachkommen und einen Platz gewähren.

Finanzielle Herausforderungen bringt das **neue KiTa-Gesetz** mit sich. Die jährlichen Mehrkosten, die durch das Zwischenergebnis der Verhandlungen der Spitzenverbände erzielt wurden, belaufen sich dieses Jahr auf rund 4,5 Mio. Euro. Noch unklar ist, welches Ergebnis die Verhandlungen für die Zeit ab 01.01.2025 bringen werden. Mit dem Rechtsanspruch nach dem neuem KiTa-Gesetz auf eine Betreuung von sieben Stunden am Stück geht außerdem einher, dass vor Ort Angebote für eine Mittagsverpflegung bereitgehalten werden müssen. Für die Kinder und für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist das ein Meilenstein.

Zur Deckung des zusätzlichen Raumbedarfs für Essens- und Schlafräume oder die Erweiterung von Küchen werden in den nächsten Jahren aber auch bauliche Anpassungen notwendig. Daneben steigt der Bedarf an Kita-Plätzen und wir müssen in den Bau **neuer Kindertagesstätten** investieren. Die Bauarbeiten für die Errichtung der achtgruppigen Kita

mit 180 Plätzen in der Goldgrube auf dem Gelände der ehemaligen Overberg-Schule liegen im Zeitplan. Der Rohbau steht und die Montage der Fassadenelemente hat begonnen. Für 2025 sind rund 4,5 Mio. Euro eingeplant. Die Kindertagesstätte St. Maternus in Bubenheim musste aufgrund des Zustands des Bestandsgebäudes vorübergehend in andere Räumlichkeiten ausgelagert werden. Die Einrichtung wird an anderer Stelle neu errichtet. Für 2025 sind Mittel i.H.v. 150.000 Euro eingestellt.

Ein weiterer Ausbaubedarf an Schulen und Kindertagesstätten entsteht durch das **Ganztagesförderungsgesetz**, das ab 2026 einen achtstündigen Betreuungsanspruch für Grundschulkinder vorsieht. Die zusätzlich erforderlichen Raumkapazitäten müssen zunächst noch geschaffen werden. Die Grundschulstandorte Am Löwentor auf der Karthause, Moselweiß, Kesselheim und Wallersheim werden im Rahmen des Landesinvestitionsprogrammes erweitert. Die aktuellen Kostenschätzungen belaufen sich auf rund 1,25 Mio. Euro pro Standort. Die Höhe der Zuwendung beträgt 70 %.

Eine große Herausforderung bleibt der **Fachkräftemangel** im Kita-Bereich. Durch Stellenvakanzen sind viele Kitas gezwungen, ihr Betreuungsangebot vorübergehend zu reduzieren. Auf Landesebene wurde bereits die Fachkräftevereinbarung angepasst, um den Zugang ins Kita-System für andere Berufsgruppen zu öffnen. Die Stadt und freie Träger bieten zunehmend die Teilzeitausbildung zum Erzieherberuf an, um die Ausbildung durch die Zahlung eines Ausbildungsgehaltes attraktiver zu machen. Dennoch verläuft der Zugang von neuem Personal ins System noch zu langsam, um den hohen Bedarf zu decken.

Eng verbunden mit dem Fachkräftemangel ist das **Thema Migration und Integration**. Wir brauchen Zuwanderung und sollten sie auch als Chance begreifen. Sie ist aber zugleich eine Herausforderung und es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass Menschen, die herkommen und bei uns Zuflucht suchen, gute Bedingungen vorfinden, um sich integrieren zu können. Im letzten Jahr hat sich die Situation in unseren **Gemeinschaftsunterkünften** entspannt, was vor allem der Erweiterung durch Module im Rauental und auf der Niederberger Höhe zu verdanken ist. Aufgrund der weltweiten Geschehnisse ist jedoch nicht davon auszugehen, dass Fluchtbewegungen abnehmen werden. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass wir bereits jetzt für die Zukunft vorsorgen und eine adäquate und menschliche Form der Unterbringung in der Gemeinschaftsunterkunft in der Vorstadt schaffen. Für die Integration wird zudem das **Lotsenhaus 2.0** eine wichtige Rolle spielen: Die betroffenen Personen haben nun die Möglichkeit, viele Angelegenheiten unmittelbar und in einem Gebäude zu klären.

Lebens- und liebenswertes Koblenz: von Tourismus und Kultur bis Sport und Freizeit

Um die Lebensqualität unserer Stadt zu erhalten, zu entwickeln und so dem Fachkräftemangel langfristig zu begegnen, müssen wir auch weiterhin in unsere Gesundheitsversorgung, in Kultur, Sport und Tourismus investieren.

Dazu zählt unser Gemeinschaftsklinikum. Um auch weiterhin von seiner breiten und guten Gesundheitsversorgung zu profitieren, wollen wir das Krankenhaus als Kommunalen Versorger auf sichere Füße stellen. Dafür setzen wir gegenwärtig das Sanierungsgutachten um und stimmen uns mit dem Rhein-Lahn-Kreis und dem Rhein-Hunsrück-Kreis ab, um auch die Häuser in Nastätten und Boppard weiterzuführen. Wir geben damit Sicherheit für die Patientinnen und Patienten sowie für die Beschäftigten.

Eine wichtige Investition in Gesundheit, Sport und Familienzeit war zudem auch unser **Moselbad**. Dieses ist sehr gut gestartet und verzeichnet seit seiner Eröffnung bereits 22.000 Besucherinnen und Besucher, womit unsere Erwartungen übertroffen wurden. Wie es für

eine Neueröffnung üblich ist, gibt es hier neben viel Lob auch Anregungen und Kritik, die die Geschäftsführung aufnimmt, um das Angebot weiter zu verbessern.

Im Bereich des Sports ist wohl der **Sportpark Oberwerth** für den Vereins- und Individualsport eines der wichtigsten Projekte der kommenden Jahre. Hier wurde eine Machbarkeitsstudie durchgeführt und hinsichtlich einer möglichen Landesförderung des Projektes erste Kontakte mit dem Innenministerium in Mainz aufgenommen. Da nach aktuellem Stand keine direkte, ganzheitliche Förderung realisierbar ist, wird man die Umsetzung des Vorhabens abschnittsweise angehen. Eine neue Haupttribüne soll dabei Priorität haben. Am 07.11.2024 wird die entsprechend angepasste Machbarkeitsstudie dem Sport- und Bäderausschuss vorgestellt.

Der **Rot-Weiß-Platz** neben dem Stadion Oberwerth befindet sich indes bereits im Ausbau. So wird seit dem Spatenstich im April dieses Jahres eine Umwandlung des alten Hartplatzes in einen Rasenplatz, Kunstrasen und Kleinspielfeld vorangetrieben. Außerdem werden weitere Projekte in den nächsten Wochen beginnen. Die Sanierung des Daches der Flugzeughalle des AERO-Clubs beginnt in Kürze und zu Ende des Jahres laufen außerdem die Arbeiten für die **Außenanlage Schmitzers-Wiese** an.

Auch Touristen zieht es nach Koblenz und zwar Jahr für Jahr mehr! Im vergangenen Jahr konnten wir erneut **Rekordzahlen** mit 891.227 Übernachtungen verzeichnen. Die **Tourismusintensität** ist damit nochmals deutlich gestiegen. Das zeigt einmal mehr, wie wichtig der Tourismus als Wirtschaftsfaktor ist. Damit wir auch weiterhin gute Zahlen schreiben, wollen wir unser Angebot kontinuierlich verbessern. Dazu ist für 2025 eine Neuauflage der **Besuchenden-Befragung** geplant.

Unsere **Kulturszene** ist ein gutes Beispiel dafür, wie wir in Koblenz Herausforderungen erfolgreich meistern. Denn sie hat sich seit der Corona-Krise nicht nur erholt, sie ist heute sogar noch vielfältiger und vernetzter! Es hat sich bestätigt: Kunst und Kultur sind kein Luxus, sie sind vielmehr wesentlich für eine Gesellschaft. Unsere städtischen Kulturprojekte sind vor allem durch viele niedrigschwellige und kostenfreie Veranstaltungen geprägt und damit für die Breite der Bevölkerung zugänglich. Und uns ist gut daran gelegen, hierin auch weiterhin zu investieren.

2025 liegt so der Fokus auf der Etablierung junger und erfolgreicher Kulturformate. Unsere **Kulturstufen** als musikalische Veranstaltungsreihe im öffentlichen Raum gehen in die nächste Runde. Unsere Bürgerinnen und Bürger können sich zudem wieder auf die **Fête de la Musique** am 21. Juni freuen. Es ist wichtig, dass wir mit den geringen Mitteln, die wir haben, gute Voraussetzungen für unsere Kulturszene schaffen und als kulturelles Oberzentrum der Region ein vielfältiges Angebot unterbreiten. Dazu ist es auch wichtig, dass wir Belange und Potenziale der Kulturszene ernstnehmen und sie noch intensiver mit Wirtschaftsförderung, Stadtentwicklung, Stadtmarketing und Koblenz Touristik vernetzen.

An unserem **Großprojekt „Kernsanierung Stadttheater“** schreiten die Arbeiten mit den üblichen Unwägbarkeiten einer Großbaustelle planmäßig und im vorgesehenen Kostenrahmen voran. Auch die Interimsspielstätte auf dem Festungsplateau ist ein Erfolgsmodell. Und das nicht nur, weil sie trotz einiger Herausforderungen im ambitionierten zeitlichen Rahmen pünktlich zur Spielzeiteröffnung fertiggestellt wurde. Sie wurde außerdem vom Publikum nach den ersten sehr erfolgreichen Premieren hervorragend angenommen! Das Stadttheater ist ein Ort der kulturellen Begegnung und des Austauschs. Die enormen Summen, die wir, aber auch das Land, in die Kernsanierung investieren, sind ein klares Bekenntnis zu unserem Theater.

Ganz wichtig – für den Tourismus und unsere Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen - ist der **Erhalt der Seilbahn**. Sie ist ein Wahrzeichen unserer Stadt und gemeinsam mit dem

Land werden wir die Seilbahn im UNESCO-Weltkulturerbe erhalten! Hierzu wurde im März einen Architekturwettbewerb ausgelobt und vom Eigentümer der Seilbahn bezahlt. In der Jury waren alle beteiligten Institutionen vertreten. Die Wettbewerbsergebnisse wurden bereits am 11.10.2024 auf der Festung Ehrenbreistein der Öffentlichkeit vorgestellt. Das Ergebnis des Wettbewerbsverfahrens wird nunmehr Eingang in den nächsten „State of Conservation Report“ des Landes Rheinland-Pfalz finden, der im November dieses Jahres erstellt wird und anschließend an das Welterbezentrum in Paris gesandt wird. Die offizielle Behandlung des Themas erfolgt schließlich auf der 47. Sitzung des Welterbekomitees im Jahre 2025 in Sofia. Wir werden alles daransetzen, dass unsere Seilbahn in unserer Stadt bestehen bleibt!

Ein gutes Klima in der Stadt: Klimaschutz und -anpassung

Der Klimawandel stellt noch immer die wohl größte Herausforderung unserer Zeit dar. Dabei ist es unsere Aufgabe, verantwortungsvoll mit dieser Problematik umzugehen und Strategien zu entwickeln, wie wir einerseits dem Klimawandel entgegenwirken und andererseits unsere Stadt zukunftssicher anpassen. Bis Ende 2025 läuft in Zusammenarbeit mit der Hochschule und Universität Koblenz das Bundesförderungsprogramm **Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel**. Mit dem Projekt werden u.a. Baumstandorte geschaffen, Flächen entsiegelt, die Regenwasserspeicherung und -verwendung optimiert oder aber Potenziale einer klimaangepassten Begrünung untersucht und optimiert. Die Förderungsquote beläuft sich auf 90% der Gesamtkosten.

Im September 2025 wird das **integrierte Klimaanpassungskonzept** finalisiert. Das Ziel ist, Maßnahmen zu entwickeln, um die Widerstandsfähigkeit der Stadt gegenüber den Folgen des Klimawandels in allen wichtigen Handlungsbereichen zu erhöhen. Es soll als wichtige Entscheidungsgrundlage und Planungshilfe für alle zukünftigen Anpassungsaktivitäten fungieren. Für die Konzipierung wurden Beteiligungsformate in 2024 abgehalten, die Bedarfe und Bedürfnisse erfasst und Maßnahmenvorschläge ausgearbeitet. Die Kosten in Höhe von 250.000 Euro werden zu 90% gefördert. Auf der Grundlage dieses Konzepts soll im März 2025 ein Stadtratsbeschluss herbeigeführt werden, um die Anschlussförderung zur Umsetzung der im Konzept genannten prioritären Maßnahmen beantragen zu können.

Auf Basis einer Bestands- und Potenzialanalyse im Rahmen der **kommunalen Wärmeplanung** entwickelten die Dienstleister evm und Ifas gemeinsam mit den Stadtwerken ein Szenario für die künftige Wärmeversorgung in Koblenz bis 2045. Als erste konkrete Projekte zur Umsetzung der Wärmewende sollen bereits bestehende Wärmenetze erweitert und neue geschaffen werden. Als Energieträger für die Wärmenetze schlagen die Experten Flusswasser-Wärmepumpen, Abwasser-Wärmepumpen und die mitteltiefe Geothermie vor. Die Wärmeplanung bedeutet einer der tiefgreifendsten Veränderungen für die Menschen in unserer Stadt. Hier ist es absolut wichtig, transparent zu informieren und möglichst alle mitzunehmen. Mein Ziel ist es, die Kosten für die Haushalte und die Industrie so gering wie möglich zu halten. Energie darf nicht zum Luxus werden!

Im Rahmen des Landesförderprogramms **„Kommunales Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation (KIPKI)“** erhält die Stadt Koblenz 4,98 Mio. Euro als 100% Förderung. Geplant sind unter anderem ein klimafreundliches Nahwärmenetz am Görres-Gymnasium und der Bau von drei Photovoltaikanlagen. Mit der Umsetzung von vier der acht Maßnahmen wurde 2024 begonnen, die restlichen vier Maßnahmen werden 2025 umgesetzt. Klimawende denken wir ganzheitlich, das bedeutet auch, dass wir in die **energetische Sanierung unserer eigenen Gebäude** investieren: So haben wir die Maßnahmen zur Einsparung von Heiz- und CO₂-Kosten an sechs unserer Schulen abgeschlossen. Aktuell in der Umsetzung befinden sich die Maßnahmen an der Grundschule am Löwentor, der Pfaffendorfer Höhe, dem Görres- und dem Max-von-Laue-Gymnasium.

Nicht zuletzt spielen für uns die Bereiche **Ehrenamt und Bürgerbeteiligung** auch zukünftig eine große Rolle. Vereine und Ehrenamtliche unterstützen wir weiterhin auf vielfältige Weise wie bei der Suche nach Räumlichkeiten oder bei der Genehmigung von Veranstaltungen. Mit Hilfe des **Landesförderprogramms Stadtdörfer** werden zudem gegenwärtig in drei Stadtteilen konkrete Investitionen umgesetzt: Der Ortsteil **Arzheim** erhält eine Förderung für die **Umgestaltung des Bolzplatzes** an der Grundschule. Geplant ist, den Platz im April/Mai 2025 fertigzustellen. Im Ortsteil **Arenberg-Immendorf** entsteht bis Ende 2025 der Neubau eines **Dorfgemeinschaftshauses**, um ein zentrales Raumangebot für die vielfältigen Bedarfe der örtlichen Vereine zu schaffen. Und in **Güls** werden die Mittel genutzt, um die Nutzung des **Bühnenhauses** im Erdgeschoss zu erhalten, barrierefrei auszubauen, Lagerräume zu schaffen und den Markplatz zu gestalten. Diese Maßnahmen sollen bis Mitte 2025 abgeschlossen sein. Die Stadt wird weiterhin prüfen, welche Förderprogramme zukünftig genutzt werden können, um auch in weiteren Stadtteilen Projekte zur Unterstützung des Ehrenamtes zu ermöglichen.

Um die Bürgerinnen und Bürger aber auch Ehrenamtliche stärker zu beteiligen, entwickelt die Stadt kontinuierlich **Beteiligungsformen**. Ein gutes Beispiel ist hier die **BUGA 2029**: Zuletzt wurden hier über einen breiten Befragungsmodus Bürgerinnen, Bürger und Ehrenamtliche zur Bundesgartenschau 2029 befragt. Die Ergebnisse werden derzeit ausgewertet und die Umsetzung einzelner Maßnahmen geprüft. Bis 2029 strebt die Stadt an, durch diesen Beteiligungsprozess verschiedene Interessengruppen einzubeziehen, die im Vorfeld der BUGA gemeinsam mit der Stadt Maßnahmen entwickeln und umsetzen..

Koblenz gestalten – dazu braucht es kluge Köpfe

Ansprache,

Das Vertrauen der Bevölkerung in staatliche Strukturen ist merklich zurückgegangen. Umso bedeutsamer ist die Rolle der Kommunen als erste Anlaufstelle der Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Dank des hohen Engagements unserer Mitarbeitenden wird unsere Verwaltung ihrer Aufgaben als Dienstleisterin für die Koblenzerinnen und Koblenzer weiterhin gerecht. Trotzdem stehen auch wir in Zeiten des Fachkräftemangels vor erheblichen Herausforderungen. Der Mangel an qualifizierten Fachkräften führt zu zunehmenden Vakanzen. Dies wird durch die stetige Erweiterung des kommunalen Aufgabenkatalogs verschärft. Neue Aufgaben müssen bewältigt werden, während qualifiziertes Personal fehlt.

Um unsere Aufgaben, unser Kerngeschäft die Daseinsfürsorge, auch weiterhin gut zu bewältigen, müssen wir in **Personalentwicklung und -gewinnung** investieren, beispielsweise durch effektive Marketingkampagnen wie unsere „Großstädtchenliebe“, Hervorhebung von Arbeitgebervorteilen und dem Ausbau des Ausbildungs- und Studienangebotes. In den letzten Jahren haben **Tarif- und Besoldungserhöhungen** den Druck auf unseren Haushalt erhöht. Ich bin allerdings überzeugt, dass diese Erhöhungen wichtig und richtig waren, um weiterhin Fachkräfte für die Verwaltung zu gewinnen bzw. diese an sie zu binden. Denn der vielbeschworene Satz, „die Kolleginnen und Kollegen sind unsere wichtigste Ressource“ hat absolute Geltung. Sie **sind** unsere Verwaltung und kein einziges dieser Projekte, über die wir heute sprechen, wäre ohne sie umzusetzen. Und dafür **danke ich all den Kolleginnen und Kollegen unserer Verwaltung** an dieser Stelle ganz herzlich!

IV Fazit

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Ratskolleginnen und -kollegen,
liebe Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung,

wie Sie sehen, haben wir einiges vor im kommenden Jahr und werden unsere Stadt positiv weiterentwickeln - auch unter erschwerten Bedingungen, trotz des hohen Defizits. Um all diese wegweisenden Projekte, von denen ich gesprochen habe, auch zeitnah umsetzen zu können, müssen wir einen genehmigungsfähigen Haushalt vorlegen. Wenn Sie diesen Haushaltsentwurf durchblättern, werden Sie womöglich feststellen, dass einige Projekte, die Sie gerne zeitnah umsetzen würden, auf die kommenden Jahre verschoben werden mussten, oder dass für einige Vorhaben weniger Geld als gewünscht zu Verfügung steht. Und glauben Sie mir, keine dieser Entscheidungen, keine Priorisierung und keine Einsparung schlagen wir mit Verwaltung und Stadtvorstand gerne vor. Dieser Entwurf ist das Ergebnis akribischer Prüfung und langwieriger Abwägungen. Er ist ein notwendiger Kompromiss.

Ansprache,

In Zeiten, in denen das Vertrauen in den Staat schwindet, in denen die Wirtschaft schwächelt und die Bürgerinnen und Bürger finanziell stark belastet sind, ist es wichtig, dass wir unsere Entscheidungen noch transparenter machen. Keine der Maßnahmen, sei es eine Anhebung der Hebesätze oder aber ein Zurückstellen eines Projekts haben wir uns leichtgemacht. Aber sie sind eben alle nötig, um handlungsfähig zu bleiben.

In den kommenden Wochen wollen auch wir hier in diesem Rat hierüber sprechen und konstruktiv diskutieren. Am Ende aber sollten wir zu einer gemeinsamen Lösung kommen – und diese den Bürgerinnen und Bürgern erklären. Und genau dafür werbe ich, dass wir gemeinsam einen guten Kompromiss in schwierigen Zeiten für unsere Stadt abschließen und vertreten.

Für Geschlossenheit, für eine vertrauensvolle und enge Zusammenarbeit danke ich an dieser Stelle abschließend unserem **Stadtvorstand mit Ulrike Mohrs, Ingo Schneider und Prof. Dr. Andreas Lukas**. Sie haben mit Ihrem großen Engagement ganz wesentlich zur Bewältigung aller Herausforderung der Vergangenheit beigetragen und in ihren Bereichen schwierige Entscheidungen treffen müssen, die wichtig zum Wohle unserer Stadt sind.

Auch Ihnen allen, sehr geehrte **Ratsmitglieder, gilt mein Dank** für Ihren Einsatz. Für viele von Ihnen ist es der erste Haushalt und dann gleich ein schwieriger, verbunden mit harten Entscheidungen. Wir werden diesen Entwurf in den Beratungen gemeinsam weiterentwickeln, da bin ich mir sicher. Wir werden gemeinsam gute Antworten auf schwierige Fragen finden!